

Per Mail am 02.12.25 an:

EKR/IVBR/IDII/IDIII/10/6L/Pr 140

mit



Verwaltung  
des Landkreises Stade

Eing. 02. Dez. 2025

Sekretariat Landrat

#### Fraktionen im Kreistag des Landkreis Stade

CDU	SPD	Bd90DieGrünen	FDP	FWG	Linke
Helmut Dammann-Tamke	Björn Protze	Britta Sanders Verena Wein-Wilke	Peter Rolker	Uwe Arndt	Benjamin Koch-Böhnke

Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, FWG, FDP, Die Linke

Betreff: Resolution Demokratie Förderung in Schulen im Landkreis Stade

Die Mitglieder des Kreistages im Landkreis Stade blicken mit Sorge auf aktuelle und politische Entwicklungen in der Gesellschaft, wie das Erstarken populistischer und antidemokratischer Bewegungen und betont die Notwendigkeit, jungen Menschen an Schulen für die Werte freiheitlicher Demokratie zu sensibilisieren.

Es ist und bleibt auch nach 92 Jahren nach Beginn der NS Herrschaft und über 80 Jahre nach deren Ende die gesellschaftliche Pflicht, der Gräueltaten im NS-Regime zu erinnern, damit ein solches, sowie deren Anfänge nie wieder geschieht. Nie wieder ist jetzt.

Wir fördern und fordern die Auseinandersetzung mit Themen wie dem Holocaust und Antisemitismus, um im Rahmen einer wirksameren Demokratiebildung dem Vergessen historischer Lehren entgegenzuwirken.

Wir sind davon überzeugt, dass der Ort Schule zum einen der Ort der Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Ort erlebbarer Demokratie sein muss. Hieraus resultieren das eigenverantwortliche Denken und Handeln der Schüler:innen und schaffen eine Basis, um Extremismus zu erkennen und ihm aktiv entgegenzuwirken.

Jede Form von Extremismus, ob von rechts oder links, stellt eine Gefahr für eine freiheitlich demokratische Grundordnung dar und zeigt sich in einem schlechelnden Prozess, der sich in Sprache und Agieren einzelner präsentiert und zunehmend Einzug in die Gesellschaft erfährt.

Die gewählten Politiker:innen aller im Stader Kreistag vertretenden demokratischen Parteien wollen mit zwei Auftaktveranstaltungen im Jahr 2026 in Schulen im Landkreis Stade zur politischen und demokratischen Bildung beitragen, die sich gezielt mit dem Rechtsextremismus befassen. Hierzu laden sie zwei Zeitzeugen ein, über das Erleben der Zeit unter dem NS-Regime und dessen Folgen mit Schüler\*innen in den Dialog zu gehen. Haushaltsrelevante Kosten entstehen hierfür nicht. Die Kosten für die Referenten und die Veranstaltungen tragen die demokratischen Parteien des Landkreises.

Wir wollen mit dieser Resolution ein Zeichen für ein demokratisches Miteinander im politischen Diskurs setzen.

Im Namen der Mitglieder des Stader Kreistages,